

Eltern-Sorge mündet in Demo

Mitorganisatorin spricht über Versammlung gegen Kinderbetreuungs-Kürzung am Montagnachmittag

VON BJÖRN WISKER

MARBURG. Kleine Hände, bunte Schrift, Comic-Köpfe samt der Parole „Sparmaßnahmen zulasten der Kinder? Nein Danke!“. Es gibt wohl nur wenige Marburger, die den Protestaufruf nicht im WhatsApp-Status eines oder einer Bekannten gesehen haben.

Seit zwei Wochen, seit Bekanntwerden der vom Magistrat beschlossenen Kinderbetreuungs-Kürzungen, kursiert die Online-Petition, die von Eltern der evangelischen Kindertagesstätte Ockershausen initiiert wurde.

Sie hat aktuell rund 2.000 Unterstützer. Kämen auch nur annähernd so viele Eltern, Erzieherinnen und Arbeitgeber zur nun geplanten Protest-Veranstaltung, welche den Erhalt des „Marburger Standards“ in der Betreuung fordert, wäre das ein starkes Statement.

Die Demonstration, die am Montag, 22. Juni (15 Uhr), am Georg-Gaßmann-Stadion beginnt, ist die erste Demo während der seit 2025 laufenden Haushaltskonsolidierung der Stadt Marburg. Und sie könnte sogleich der Auftakt einer Serie dessen sein, die es vor neun Jahren zuletzt gab: Damals protestierten mehrfach Hunderte gegen geplante Sozialkürzungen.

Marburger Elternvertreterin warnt vor Kita-Kürzungen

„Wir wissen ja durch Rückmeldungen, dass das Thema viele beschäftigt. Jetzt hoffen wir, dass auch viele kommen und auf die Straße gehen“, sagt Stefanie Gierer, eine der Demo-Organisatorinnen aus dem Elternbeirat der Ockershausen-Kita. Seit Tagen laufe die Vernetzung sowohl zwischen Eltern als auch zwischen den mehr als 50 Einrichtungen auf Hochtouren, in der ganzen Stadt werde auf die möglichen Folgen der Kita-Kürzungen aufmerksam gemacht.

Dies sieht man in Ockershausen ähnlich, so auch der Elternbeirat der Kita Gerhard-Hauptmann-Straße: Einschränkung der Öffnungszeiten, speziell morgens und spätnachmittags. Notbetreuung werde zur Normalität. Größere Gruppen würden zur Mehrbelastung verbleibender Fach-



Kürzung bei der Kinderbetreuung? Liana (5 Jahre) spielt in der Marburger Kindertagesstätte Philipphaus.

FOTO: THORSTEN RICHTER

kräfte führen, was zu weiter erhöhtem Erkrankungs- und Ausfallrisiko führe, also zur Schwächung des Standortfaktors für die Wirtschaft. Die Elternvertreter um Gierer zweifeln daran, dass der hessenweit

gültige Mindeststandard leistet, was sie als pädagogisch nötig erachten. „Betreuen ist nicht dasselbe wie bilden, dafür braucht es Raum, Zeit und eben Personal. In Marburg ist Kinderbetreuung mehr als Be-

aufsichtigen gewesen, weil man es sich hier etwas hat kosten lassen.“ Von Logopädie und Bewegungstrainings bis hin zu Ausflügen und ohnehin individueller Förderung drohe bald „alles wegzufallen, was

über das unmittelbare Betreuen hinausgeht“. Dabei würden Schulen schon heute die teilweise nicht ausreichende Vorbereitung auf die erste Klasse beklagen - „das wird mit weniger Fachkräften bestimmt nicht besser“, sagt Gierer.

Die jüngsten Aussagen von Oberbürgermeister Spies und Stadträtin Dinnebieber hätten die Sorgen jedenfalls nicht genommen, teils sogar eher verschärft. Vor allem die Ankündigung, dass es Kita-Zusammenlegungen und ein mögliches Aus für einzelne Außenstadtteil-Einrichtungen geben könne.

„Um sich ausmalen zu können, was die Absenkung von Standards im Alltag effektiv bedeutet, muss man kein Experte sein. Es ist einfach logisch, dass mit weniger Personal auch mit und für die Kinder weniger gemacht werden kann.“ Neben der Leistungsabsenkung noch Kitagebühren zu verlangen, belaste Familien doppelt negativ.

Ob bei Demos oder Treffen mit Politik und Verwaltung wolle und werde man daher „den Finger in die Wunde legen“. Wenig überraschend hat die Stadt Marburg den Beschäftigten der städtischen Kitas gegenüber bereits ein Demo-Teilnahmeverbot ausgesprochen. Grund: „Loyalitätspflicht zur Arbeitgeberin“.

Marburgs Ausgangslage anders als 2017

Die haushaltspolitische Ausgangslage 2026 ist in Marburg anders als 2017: So gilt Spies' damaliger Schritt bis heute als ein taktisches Manöver, um die „Zusammenarbeit in Marburger Themen“ zwischen SPD, CDU und BfM zu schmieden. Jedenfalls erledigte sich der kurzfristig eingetretene Geldmangel zügig durch verbesserte Gewerbesteuer-Einnahmen.

In der Gegenwart übersteigen jedoch die städtischen Ausgaben die Einnahmen um jährlich 50 Millionen Euro, die Haupteinnahmequelle – eben die Gewerbesteuer – liege wegen der Wirtschaftsschwäche deutlich unter Plan. Zeitgleich ist von den Corona-Rekorderlösen kaum noch etwas übrig, sind die Rücklagen laut Spies 2028 aufgebraucht.

LIEBE LESERIN, LIEBER LESER



VON PATRICK ROBINSON

Neulich beim Arzt

Ein Marburger musste jüngst zum Arzt, um eine Erkrankung behandeln zu lassen. Nach einem kurzen Blick auf die erkrankte Stelle rief der Arzt kurzerhand eine Studentin hinzu, sie solle doch mal einen Blick darauf werfen und etwas lernen.

Prinzipiell keine schlechte Idee, wie der Patient dachte, doch beunruhigte es ihn, dass sich solch eine Begebenheit auch bei seinem zuvorigen Arztbesuch abgespielt hatte. Sind seine Erkrankungen einfach so kurios oder selten? Oder bereitet das Medizinstudium so schlecht auf den Praxisalltag vor?

Der aktuelle Arztbesuch inklusive Studierenden-Lehrstunde entpuppte sich allerdings als spontaner Test, denn der Arzt ließ die Studentin das Krankheitsbild feststellen. Bei der Behandlung allerdings gab es kein langes Rätselraten: Der Arzt empfahl das richtige Vorgehen, und mittlerweile kann der vormals erkrankte Marburger wieder gesund durchs Leben laufen.

IN KÜRZE

Marbachs Ortsbeirat trifft sich

MARBURG-MARBACH. Die nächste Sitzung des Ortsbeirats Marbach findet am Dienstag, 23. Juni, ab 19.30 Uhr im Anbau des Bürgerhauses statt. Auf der Tagesordnung stehen unter anderem das Pilotprojekt Höhen-Ast Köhlersgrund, Geruchsbelästigung in der Emil-von-Behring-Straße und der Radwegebau nach Görzhausen.

Hofflohmmarkt in Gisselberg

MARBURG-GISSELBERG. Der Bürgerverein „Die Gisselberger“ lädt zu einem Hofflohmmarkt ein. Die Veranstaltung findet am Sonntag, 21. Juni, von 12 Uhr bis 17 Uhr auf dem Hof Elmshäuser/Dorfmitte 15 und gegenüber auf dem Hof Hoffmann statt. Die Besucher erwartet ein buntes, vielfältiges Angebot, und auch Pferdeliebhaber dürfen sich über den Verkauf von Reitsachen freuen, teilt der Verein mit.

• **Anmeldungen** zur Teilnahme sind noch kurzfristig unter E-Mail bvdiegisselberger@gmx.de möglich.

Ortsbeirat stellt sich bei Kneipenabend vor

MARBURG-MARBACH. Der Dorftreff Marbach lädt für Mittwoch, 24. Juni, ab 18 Uhr zu einem Kneipenabend in den Anbau des Bürgerhauses ein. Wie Brigitte Hauswald mitteilt, werden kühle Getränke, ein Fass Bier und etwas zum Knabbern geboten. Der Abend soll gleichzeitig Gelegenheit geben, die Mitglieder des neuen Ortsbeirats kennenzulernen und mit ihnen ins Gespräch zu kommen.

Neues Marburger Bündnis spannt „soziales Netz“

„Bündnis für einen starken und zukunftsfähigen Sozialstaat“ mit symbolischer Aktion diesen Samstag am Blochmann-Platz

VON PATRICK ROBINSON

MARBURG. Bundesweit gibt es das „Bündnis für einen starken und zukunftsfähigen Sozialstaat“ schon seit März 2026. Am Dienstag, 16. Juni, wurde ein solches auch in Marburg gegründet. Dazu trafen sich rund 40 Vertreter von Gewerkschaften, sozialen Trägern und der Kommunalpolitik.

Eine der ersten Aktionen des neuen Bündnisses wird das Spannen eines symbolischen Netzes auf dem Elisabeth-Blochmann-Platz am Samstag, 20. Juni, um 12 Uhr sein. Ziel sei es, ein „neues soziales Netz“ zu spannen, bei dem sich Menschen mit hohem Einkommen und Vermögen an einer solidarischen Finanzierung beteiligen.

Hintergrund ist ein hessenweiter Aktionstag des Bündnisses. In Kassel und Darmstadt

beispielsweise wird es Demonstrationen gegen geplante Kürzungen beim Sozialstaat geben.

„Unser Ziel ist es, das Bündnis in die Fläche zu tragen“, sagt Ulf Immelt, einer der Initiatoren des neuen Marburger Bündnisses und Organisationssekretär des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB). Die bundesweiten Debatten, beispielsweise über Höchst-arbeitszeiten, Lohnfortzahlungen im Krankheitsfall oder die sogenannte „Lifestyle-Teilzeit“ bewertet Immelt als: „Alle zwei bis drei Tage wird eine neue Sau durchs Dorf getrieben mit Forderungen.“

Das Bündnis stelle sich gegen die „Angriffe auf den Sozialstaat“, sagt Immelt. Das Netz, welches am Samstag gebildet wird, beschreibt er dabei als „symbolische Aktion, um das Thema am Kochen zu hal-

ten“. Neben dem Spannen des Netzes werde es Redebeiträge von Gewerkschaftlern und Betroffenen eines möglichen Wegfalls der sozialen Netze geben.

Das Spannen des symbolischen Netzes sei nicht die letzte Aktion des Bündnisses, berichtet Immelt. So sei am Donnerstag, 9. Juli, eine Protestaktion vor dem Verdi-Bildungszentrum in Gladenbach geplant. Bundesweit gehören rund 20 Millionen Menschen den Organisationen an, die sich in dem Bündnis zusammengeschlossen haben, schreibt der Arbeiter-Samariter-Bund (ASB) auf seiner Internetseite. 14 zivilgesellschaftliche Organisationen hätten sich zusammengeschlossen, um ein Zeichen „gegen die einseitige Darstellung des Sozialstaats als bloßen Kostenfaktor“ zu setzen, heißt es auf der ASB-Seite.



Bereits auf der Demonstration zum 1. Mai warnte Ulf Immelt vor Abbau des Sozialstaates. ARCHIVFOTO: THORSTEN RICHTER